



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 28. Ratssitzung vom 14. Dezember 2022

1145. 2022/438

Weisung vom 14.09.2022:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2023 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2023

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 27, Beschluss-Nr. 1145/2022).

Beschlüsse:

Antrag 007.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Stadt pflegt die schöne Tradition, bei Katastrophen im Ausland Nothilfe zu leisten. Diese ist im Gemeinderat im Grundsatz unbestritten. Im Zusammenhang mit der Ukraine wurde ein Vorstoss über zusätzliche Unterstützung einstimmig an den Stadtrat überwiesen. In diesem Fall sollten wir auch bereit sein, dem Stadtrat das Geld zu sprechen, das wir gefordert haben. Dass Russland die Angriffe auf die Ukraine bald einstellt, scheint unwahrscheinlich. Ans Ausland gerichtete Nothilfe ist schwierig zu budgetieren. Deswegen ist unsicher, ob die geforderten 1 Million Franken dem tatsächlichen Aufwand entsprechen – dieser kann erheblich tiefer oder höher ausfallen. Es scheint wichtig, dass der Gemeinderat der Stadt in dieser Thematik das klare Signal sendet, dass er bereit ist, die Nothilfe weiterhin zu finanzieren.

Përparim Avdili (FDP): Der Stadtrat budgetierte für dieses Anliegen wie in den Vorjahren 600 000 Franken. In Bezug auf die Ukraine zeigte sich der Stadtrat je nach Dringlichkeit der Situation gewillt, einen Teil des eingestellten Budgets des Jahres 2022 zu verwenden, da davon nach wie vor 500 000 Franken verfügbar sind. Eine Budgeterhöhung scheint für diesen spezifischen Antrag nicht nötig zu sein.

S. 136 15
1505
3638 00 100

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Stadtentwicklung
Humanitäre Hilfe im Ausland

Verbesserung Verschlechterung

Betrag

Stimmen

007. Antrag Stadtrat

600 000 Minderheit

Përparim Avdili (FDP)
Referent, Cathrine Pauli
(FDP), Johann Widmer
(SVP)



400 000 1 000 000 Mehrheit Präsident Florian Utz (SP)
Referent, Vizepräsident
Felix Moser (Grüne),
Walter Angst (AL), Dr.
Florian Blättler (SP), Lisa
Diggelmann (SP), Markus
Haselbach (Die Mitte), Alan
David Sangines (SP), Sven
Sobernheim (GLP)

Begründung: Erhöhung der humanitären Hilfe für das Ausland, insbesondere auch für die Ukraine

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 008.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Im November 2019 erhielten wir in einer Volksabstimmung 70 Prozent Zustimmung, dass die Stadt Zürich mehr in der Entwicklungszusammenarbeit machen und dafür 0,3 bis 1,0 Steuerprozent investieren soll. Es handelt sich um Beträge von 6 bis 20 Millionen Franken. Der Gemeinderat legte den Betrag in der letztjährigen Budgetdebatte mit 8,6 Millionen Franken im unteren Bereich der Budgetspanne fest. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) will das Budget auf denselben Betrag festlegen. Davon sind 8 Millionen Franken, die effektiv ausbezahlt werden können, auf diesem Konto und 0,6 Millionen Franken für Drittaufträge auf weiteren Konti.

Përparim Avdili (FDP): Welche Wirkung mit diesen zusätzlichen 600 000 Franken oder den 8 Millionen Franken erreicht werden kann, ist eine grundlegende Frage. Der Stadtrat stellte einen Posten von 7,4 Millionen Franken ein, bei dem die Mehrheit bleiben will. Die Antragstellenden argumentieren, dass der Betrag gleich wie im Vorjahr bleiben soll. Der vorjährige Budgetbetrag wurde ebenfalls vom Gemeinderat gestellt – der Stadtrat kürzt ihn also nicht. Es findet mit den insgesamt 8 Millionen Franken effektiv keine Kürzung statt, da sich auf diesem Konto 7,4 Millionen Franken und weitere 600 000 Franken auf dem Konto für externe Beratende und Dienstleistungen Dritter befinden.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Die geforderten 8 Millionen Franken sind im Vorschlag des Stadtrats eingehalten, nicht wie bei den Ausführungen des Mehrheitsreferenten. Die erwähnten 600 000 Franken fallen auf, weil die anfallenden Kosten für die Entwicklungszusammenarbeit nun transparent separat budgetiert werden, daher diese Differenz.



3 / 33

S. 136	15 1505 3638 00 101	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				7 400 000 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				600 000	8 000 000 Mehrheit	Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP)

Begründung: Gleich hohe Beiträge für Entwicklungsländer wie im Vorjahr

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 009.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Auf die Frage zum Budget 2022, ob es bei der kantonalen und der städtischen Fachstelle für Gleichstellung Doppelspurigkeiten gebe, antwortete die Stadt, dass keine existierten. Dies wurde damit begründet, dass die eine Fachstelle für die Stadt und die andere für den Kanton zuständig sei. Da frage ich mich, wieso die kantonale Stelle nicht auch für die Stadtbevölkerung ausreicht. Die Anliegen, Aufgaben und Aufträge der beiden Fachstellen sind identisch, abgesehen davon, dass die eine städtisch und die andere kantonal tätig ist. Beide stützen sich auf dieselbe Gesetzgebung. Zu oft beschäftigt sich die Fachstelle nicht mit echter Gleichstellung, sondern mit abgehobenen Themen für die akademische Elite. So beispielsweise der dreissigseitige Gender-Leitfaden für Schulen, der den Schülern den Gebrauch des Gendersternchens beibringt. Mit diesen und weiteren Themen, die für die breite Bevölkerung nicht relevant sind, setzt sich die Fachstelle intensiv auseinander. Die FDP will echte Gleichstellung, keine Symbolpolitik. Wir wollen nicht die ganze Fachstelle abschaffen, aber fordern, dass sie auf das beschränkt wird, was uns im alltäglichen Leben betrifft. Die kantonale Fachstelle ist für alle zugänglich – so kann die Stadt mehr Synergien nutzen und Doppelspurigkeiten abbauen. Deswegen streichen wir die Hälfte des vorgesehenen Betrags.



Johann Widmer (SVP): Die Fachstelle hat ihre Schuldigkeit getan. Sie betreibt nur noch Genderkosmetik und beschäftigt sich nicht mehr mit der Gleichstellung von Mann und Frau. Die heute bearbeiteten Themen sind unbedeutend und nebensächlich, da sie nur 0,4 Prozent der Bevölkerung betreffen. Dafür wird über 1 Million Franken ausgegeben. Was nicht nützt, sondern schadet, soll mit gutem Gewissen abgeschafft werden.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Fachstelle für Gleichstellung hat 6,5 Vollzeitstellen. Ihre Aufgaben sind: die Leitung, Unterstützung und Evaluation des Gleichstellungsplans des Stadtrats, die Entwicklung und Durchführung von gleichstellungsfördernden Projekten und Angeboten, Bildungsangebote für städtische Mitarbeitende und weitere, wie die Vermittlung von Wiedereinstiegspraktika für Wiedereinsteigerinnen nach einer Familienphase. Im Zwischenbericht zum Gleichstellungsplan wurde gezeigt, dass Fortschritte gemacht wurden, aber noch immer viel zu tun ist. Die Beratungsangebote stossen auf grosse Nachfrage. Deswegen ist die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) der Meinung, dass die Fachstelle für Gleichstellung mit den gleichen Stellenprozenten und dem gleichen Budget weitergeführt werden soll.

Weitere Wortmeldungen:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Für die Grüne-Fraktion ist klar, dass es die Fachstelle für Gleichstellung weiterhin in der Stadt und mit genügend Ressourcen braucht. Die Ressourcen zu kürzen oder ganz zu streichen ist in Anbetracht dessen, dass Gleichstellung in der Schweiz noch nicht erreicht ist, deplatziert. Die Fachstelle leistet einen wichtigen Beitrag zur rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen, Männern und LGBTIQ-Personen. Sie ist eine wichtige Anlaufstelle für Privatpersonen, Unternehmen, Mitarbeitende der Stadt Zürich und die Verwaltung für jegliche Fragen zum Thema Gleichstellung, sowie auch für spezifische Beratungen. Die Fachstelle hat ein grosses Wissen zum Gleichstellungsgesetz, was sehr wertvoll ist. Auch in der Stadt braucht es ein kompetentes Zentrum. Es zeichnen sich in der Gleichstellung immer mehr Fortschritte ab, aber extrem langsam. Für die Grüne-Fraktion ist klar, dass es mehr Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gegen feindliche Handlungen und Diskriminierungen gegen LGBTIQ-Personen, gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, zur Förderung der Lohngleichheit und gegen geschlechtsspezifische Gewalt braucht. Am meisten braucht es Massnahmen für Betroffene von Mehrfachdiskriminierungen. Es braucht also mehr Einsatz für eine gleichgestellte, diskriminierungs- und gewaltfreie Gesellschaft. Die Gleichstellungsstelle der Stadt übernimmt da eine zentrale Aufgabe und ist weiterhin extrem wichtig.

Moritz Bögli (AL): Im Votum der FDP wurde gesagt, dass sie sich für echte Gleichstellung einsetzen wollen. Das hat mich verwirrt, denn genau das macht diese Fachstelle. Es reicht nicht, nur die juristische Seite zu betrachten, da wir eine tatsächliche Gleichstellung brauchen: Eine Stadt, in der queere Menschen nicht diskriminiert werden und in der Frauen und queere Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, wie Männer. Genau auf diesem Weg leistet die Fachstelle wichtige und gute Arbeit. Es ist unglaublich



wichtig, dass sie in ihrer jetzigen Form weiterarbeiten kann. Wenn Sie echte, tatsächliche Gleichstellung wollen, stimmen Sie für das ursprüngliche Budget des Stadtrats.

S. 138	15 1506 3010 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat				989 000	Mehrheit
			494 500		494 500	Minderheit 1
			989 000		0	Minderheit 2
		Begründung:	Minderheit 1: Abbau Doppelspurigkeiten mit kantonaler Fachstelle für Gleichstellung und Konzentration auf Grundauftrag. Minderheit 2: Gleichstellung ja. Die Fachstelle betreibt keine Gleichstellungsanstrengungen mehr, womit der Zweck nicht mehr gegeben ist.			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(989 000)	86 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(494 500)	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>14 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 010. und 011.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Wir befinden uns in einer Krise und in solchen Momenten ist es angebracht, das Optimum aus dem vorhandenen Geld herauszuholen. Nur funktionieren die staatlichen Kulturinstitute anders. Es wird Wünschenswertes geplant und dann vom



Stadt- oder Gemeinderat finanziert. Nun ist der Moment, in dem sich die Kulturinstitutionen ihrerseits gegenüber der Bevölkerung und besonders gegenüber dem Steuerzahler solidarisch zeigen können, indem sie freiwillig je 1 Million Franken einsparen. So müssen sie das Mögliche anstelle des Wünschenswerten umsetzen.

Markus Haselbach (Die Mitte): *Der eingestellte Betrag fürs Schauspielhaus ist derselbe wie in den Vorjahren, mit einer gewissen Inflationsanpassung. Es ist eine gemäss Subventionsvertrag gebundene Ausgabe des Jahres 2000. Der Vertrag bestimmt den Subventionsbetrag und verpflichtet das Schauspielhaus zu gewissen Leistungen, wie unter anderem einer Spielzeit von mindestens 9 Monaten und 32 Vorführungen zu besonders günstigen Eintrittspreisen. Die Kündigungsfrist beläuft sich auf 30 Monate, was bedeutet, dass es nicht möglich ist, den Betrag jetzt zu kürzen. Das ist sowieso nicht im Interesse der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK), die empfiehlt, bei der Variante Stadtrat zu bleiben. Dasselbe gilt für die Tonhalle, bei der die Kündigungsfrist vertraglich auf 2 Jahre geregelt ist.*

S. 142	15 1510 3632 00 400	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Schauspielhaus: Betriebsbeiträge	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat				35 761 600	Mehrheit
			1 000 000		34 761 600	Minderheit
			Begründung:	In Zeiten der Krise und steigender Preise müssen alle einen Beitrag leisten. Auch Kulturinstitute sind gefordert, Einsparungen durch eine Effizienzsteigerung im Betrieb umzusetzen.		
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Johann Widmer (SVP) Referent

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 011.

Wortmeldungen siehe Antrag 010.

S. 142	15 1510 3632 00 422	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Tonhalle: Betriebsbeiträge	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
011.	Antrag Stadtrat				18 129 000	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdijli (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			1 000 000		17 129 000	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent
		Begründung:	In Zeiten der Krise und steigender Preise müssen alle einen Beitrag leisten. Auch Kulturinstitute sind gefordert, Einsparungen durch eine Effizienzsteigerung im Betrieb umzusetzen.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 012.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Wer absichtlich die demokratischen Regeln der Schweiz stört und demokratiefeindliche Texte auf der Bühne rezitiert, kann sich nicht hinter Kunstfreiheit verstecken. So wurde erst kürzlich in einem Stück das Schweizer Demokratiesystem als überholt präsentiert. Solche Darbietungen sollen nicht verboten, aber auch nicht mit Steuergeldern finanziert werden.

Cathrine Pauli (FDP): Ich vertrete die Position der Mehrheit und des Stadtrats. Ich bedaure es sehr, dass die Budgetanträge gebraucht werden, um eine interessante Debatte über Populismus und populistische Anhörungen aufzubringen. Das Sogar Theater hat sich auf Theater im Gespräch mit der Gesellschaft spezialisiert, wo das Wort die Inszenierung ist und nicht die Kulisse und bietet zeitgenössischen Autoren eine Plattform, um eine Inszenierung mitgestalten zu können. Ich verstehe das Anliegen der SVP als bürgerliche Politikerin. Es hätte eine andere Debatte stattfinden können, wenn das Thema anders von euch angegangen worden wäre. Dem Theater kann man vorwerfen, dass sie in diesem Stück mit denselben Mitteln gegen euch geschossen haben, die ihr selbst



gegen gewisse Gruppen in unserer Gesellschaft verwendet. Es handelte sich um genau dieselbe Logik. Das ist aber keine Budgetdebatte, sondern eine gesellschaftspolitische Frage, die ich gerne mit euch auf dem Podium diskutiert hätte.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Ich bin über die Aggressivität der Reaktion der SVP überrascht. Satirisch portraitiert zu werden ist ein Zeichen von Stärke. Im diskutierten Stück wird grösstenteils die Realität dargestellt, denn die SVP unterstützt und legitimiert faschistoide Kreise. Das soll portraitiert werden dürfen. Es geht hier um mehr, als diesen spezifischen Fall im Sogar Theater: Es geht darum, wie Kulturinstitutionen Geld ausgeben müssen, das sie von staatlicher Hand bekommen. Das ist nicht die Rolle des Gemeinderats. Die Kulturinstitutionen sind aufgrund ihres Leistungsnachweises dieser tollen Produktionen in den Genuss der Subventionen gekommen. Ohne sie hätten wir keine Kunst in dieser Stadt. Solange sie sich an die Leistungsvereinbarungen mit der Stadt halten, haben wir ihnen nicht vorzuschreiben, was sie aufführen dürfen.

Samuel Balsiger (SVP): Laut Moritz Bögli (AL) spiegelte das Sogar Theater in diesem Stück die Realität wider. Im Buch zum Stück steht: «Sind Sie für die massenhafte Tötung sämtlicher sich in der Schweiz aufhaltender unpatriotischer Elemente? Sind Sie zu feige für den Algorithmus ihrer eigenen Partei?». Es wird aufgefordert, den Holocaust zu wiederholen und gefragt, ob man der SVP bei der Errichtung von Konzentrationslagern behilflich sein soll. Das soll die Realität abbilden, Kunst und Satire sein? Wenn Sie das Thema ausführlich besprechen wollen, warten Sie auf die eingereichte Interpellation. Ich finde es eine Frechheit, dass solche Stücke mit Steuergeldern finanziert werden und dass gewisse Vorredner behaupten, dies bilde die Realität der SVP und der Schweiz ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es geht nicht nur um ein Theaterstück, sondern um den Geist, der in einem solchen Theater weht. Das diskutierte Stück ist nur die Spitze des Eisbergs, das die Haltung des Ensembles klar aufzeigt.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Ich schliesse mich dem Votum von Cathrine Pauli (FDP) an. Kunstfreiheit ist ein wichtiger Wert in der Kunst unserer demokratischen Gesellschaft, die sich traut, kontroverse Debatten zu führen. In der Budgetdebatte des Gemeinderats Strafaktionen durchführen zu wollen, erinnert stark an staatliche Zensur in der Kultur. Davon möchte ich mich weit distanzieren.



9 / 33

S. 142	15 1510 3635 00 414	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Sogar Theater: Betriebsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat				259 000 Mehrheit	Cathrine Pauli (FDP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Vize- präsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			259 000		0 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referent
		Begründung:	Der Steuerzahler soll keine umstrittenen Darbietungen zahlen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 013.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): Kulturveranstaltungen in eurem Sinne sollen nicht mit Steuer- sondern Privatgeldern finanziert werden. Eine Frage, die sich stellt, ist, wieso es so viele Staatskünstler gibt. Allerdings gibt es auch an Pädophilie grenzende Angebote für Kinder zwischen 3 und 10 Jahren in der Drag-Show des Tanzhauses: In der «Drag Queen Story Time» werden Kinder ermutigt, sich eine Welt vorzustellen, in der «sich alle Menschen so präsentieren können, wie es ihnen gefällt. Eine Welt, in der sich zu verkleiden ein Teil der Realität ist und die Möglichkeiten endlos sind. Hier erleben die teilnehmenden Kinder glamouröse, positive und unverschämte queere Vorbilder, unabhängig von ihrem Alter, ihrer persönlichen Identität und ihrer Herkunft». Das klingt harmlos, aber grenzt an Pädophilie. Was soll ein dreijähriges Kind mit einer Drag-Show anfangen? Abgesehen von einer fragwürdigen Ansprache sollen solche Angebote für Erwachsene zugänglich sein. Kinder gezielt ins Visier einer queeren Community zu nehmen, ist meiner Meinung nach äusserst stossend und soll nicht durch den Steuerzahler finanziert werden. Das Tanzhaus zeigt kein Interesse an der Altersanpassung für diese Show, daher soll der Gemeinderat den gesamten Betrag zur Finanzierung des Tanzhauses streichen.

Alan David Sangines (SP): Der Antrag ist rechtlich unzulässig, da wir im Gemeinderat eine Weisung über das Tanzhaus verabschiedet haben. Damit sollte bereits klar sein, wieso der Antrag abzulehnen ist. Der Antrag und das Votum, insbesondere in Bezug auf die vorgeworfene Pädophilie sind eine Schande. «Drag Queen Story Hour» kam in den



USA im Jahr 2015 auf und etablierte sich schnell weltweit. In Zürich übernahm die ausgebildete Lehrerin Brandy Butler im Jahr 2019 die Idee, passte sie leicht an und erstellte als Pädagogin einen Unterrichtsplan dazu. So werden während der «Storytime» Geschichten von «Dragkings» und «Dragqueens» vorgelesen, die altersgerecht und unbeschwert Themen wie Selbstidentität und Vielfalt ansprechen. Nach der «Storytime» spielen die Kinder und dürfen sich verkleiden, wenn sie möchten. Die Veranstaltung ist ein grosser Erfolg und sowohl Kinder als auch Eltern erfreuen sich am Anlass, bei dem es darum geht, Vielfalt zu leben und sich zu verkleiden – wenn man das möchte. Aus der Entwicklungspsychologie ist bekannt, dass Verkleiden einen positiven Effekt auf Kinder hat. Die vorgelesenen Bücher drehen sich um Vielfalt und die Ausgrenzung, die man erfahren kann, wenn man anders ist. Bewusst wird aber auf Labels wie schwul, lesbisch oder trans verzichtet – es wird einfach Vielfalt aufgezeigt. Die Kinder werden an einer solchen Veranstaltung von niemandem beeinflusst oder dazu ermuntert, dass sie ihr Geschlecht hinterfragen sollen. Es ermöglicht das Eintauchen in eine neue Welt und einen spielerischen Zugang zu Themen wie Stereotypen, Selbstidentität und Vielfalt. Zu nichts herrscht Zwang – es wird lediglich ein Angebot geschaffen, das von den meisten Kindern mit riesiger Freude angenommen wird. Zum Ende der Veranstaltung sagen die Kinder gemeinsam laut: «Ich bin ich. Ich mag mich, wie ich bin». Was an einer solchen Veranstaltung verwerflich oder gefährlich für Kinder sein soll, ist schleierhaft. Nicht schleierhaft ist aber, was hier im Rat passiert. Eine ultrakonservative Bewegung hat die «Drag Storytime» als neuen Schauplatz für den Kulturkampf entdeckt. Ihr bringt den Schutz von Kindern als Vorwand. Das kennen wir aus Russland, als im Jahr 2013 das Anti-Homo-Propaganda-Gesetz eingeführt wurde. Sobald Kinder im Spiel sind, wird das Diskutierte hochemotional und brandgefährlich. In Zürich findet die «Drag Storytime» seit 3 Jahren statt, ohne dass es euch gestört hat. Euer Augenmerk und auch das von Rechtsradikalen richtete sich erst mit einem Artikel der Weltwoche darauf. Die SVP macht den rechtsradikalen Vorfall, der im Tanzhaus passiert ist, durch ihren Vorstoss im Gemeinderat salonfähig. Was denkt ihr, traumatisiert ein Kind mehr? Eine «Dragqueen» die aus einem lustigen Buch vorliest oder verummte Rechtsradikale, die mit Fackeln im Tanzhaus auftauchen? Seit diesem Vorfall braucht das Tanzhaus für diese Veranstaltung einen Sicherheitsdienst. Wenn wir also über das Budget des Tanzhauses sprechen, dann sollten sie für die zusätzlich nötige Sicherheit mehr Geld bekommen. Ihr gebt vor, Kinder schützen zu wollen, aber ihr bewirkt das Gegenteil: Ihr bekämpft eine Vielfalt-Veranstaltung und damit, dass Kinder unbeschwert aufwachsen können.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Johann Widmer (SVP) meinte, das Stück klinge harmlos. Harmlos ist es auch. Die Bekämpfung dieses Stücks ist es aber nicht.

Johann Widmer (SVP): Wenn man beleidigt wird, muss man nur schauen, von wem die Kritik kommt. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

Dominik Waser (Grüne): Der Antrag sagt viel über die Partei aus, die Freiheit so stark propagiert. Sie ist eher die Partei der Unfreiheit, da sie andere Menschen in ihrer Freiheit einschränken möchte und sich zum Sprachrohr rechtsextremer Gruppen macht, die



Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Religion diskriminieren. Es handelt sich um Hass und Gewalt gegen Minderheiten, was nicht akzeptiert werden kann. Rassismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus oder Antisemitismus haben in dieser Stadt keinen Platz. Die menschenverachtenden Ideologien sind eine Gefahr für unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Deswegen muss gegen jede Art von rechtsextremem Gewalt Stellung bezogen werden – also dagegen, was die SVP hier tut. Sie beweist mit diesem Antrag, dass sie gewillt ist, Hass und Gewalt eine Plattform zu geben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Mitarbeitenden des Tanzhauses für ihre gute Arbeit danken.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die EVP lehnt den Antrag selbstverständlich ab. Einerseits weil wir eine rechtliche Grundlage haben, die die Weisung zur Finanzierung des Tanzhauses beinhaltet und andererseits, weil wir die Angst der SVP bezüglich dieser Veranstaltung nicht teilen. Man kann sich fragen, ob es eine solche Veranstaltung braucht und die Antwort darauf ist ja. Hier muss ich hinzufügen, dass es schon früher normal war, wenn sich Kinder auf alle möglichen Arten verkleidet haben. Die Problematik dieser Veranstaltung ist in keinster Art und Weise ersichtlich.*

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist uns egal, ob sich Kinder verkleiden – darum geht es nicht. Es geht darum, dass verkleidete Männer in einer Drag-Show vor Kindern im Alter von 3 bis 10 Jahren auftreten. Sie zielen darauf ab, die Vorstellungskraft dieser Kinder bezüglich geschlechtsspezifischer Fluidität anzuregen. Das ist klar eine Sexualisierung. Wikipedia schreibt zu «genderfluid»: «Genderfluide Personen ziehen es vor, ihre Geschlechtsidentität anhaltend veränderbar zu halten, fließend». Dass verkleidete Männer kleine Kinder dazu anregen wollen, ihre Geschlechtsidentität anhaltend veränderbar zu halten, ist der Skandal an dieser Show. Laut Dominik Waser (Grüne) bietet die SVP eine Plattform für Gewalt, doch die SVP hat gerade heute einen Vorstoss eingereicht, der den Stadtrat dazu auffordert, gegen Gewalt gegen Schwule und Lesben vorzugehen.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die SVP setzt an diesem Abend die «Cancel Culture» ein, wie es ihr passt. Sie versucht, kulturelle Institutionen zum Schweigen zu bringen. Was hier passiert, ist politische Gewalt. Minderheiten werden mit psychischen Erkrankungen in Verbindung gebracht. Pädophilie ist eine psychische Erkrankung, die zu Straftaten führt. Ich wäre froh, wenn der Ratspräsident rascher eingreifen würde, denn niemand muss sich der Gewalt in diesem Raum aussetzen. Am 9. Dezember 2022 wurde vom Bundesrat ein Bericht herausgegeben, der besagt: «Dem Bundesrat ist eine gesundheitliche Chancengleichheit für alle in der Schweiz lebenden Menschen, darunter auch sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, wichtig». Sie können also gerne mit den Bundesräten über diese Thematik diskutieren, aber lassen Sie solche Vorstösse.*

Stefan Urech (SVP): *Es erstaunt mich immer wieder, wie Parteien, die mit Worten wie Toleranz und Diversität um sich werfen, so gereizt reagieren, wenn eine kleine Minderheit des Parlaments eine andere Meinung vertritt. Und diese Meinung sagt nur, dass es nicht die Aufgabe des Staates ist, Drag-Shows für Kinder anzubieten. Wenn ich sehe, wie viele Vorredner sich im Ton vergriffen haben, empfinde ich die geforderte Diversität und Toleranz als heuchlerisch. Etwas nicht staatlich unterstützen zu wollen, ist nicht Teil der «Cancel Culture», denn hier soll nichts verboten werden. Moritz Bögli (AL) meinte,*



dass es ohne Subventionen keine Kultur und Kunst in dieser Stadt gäbe – Sie kennen offenbar keine private Kunst und private Veranstaltungen mehr. Es sollen nach wie vor Drag-Shows stattfinden können, darum geht es nicht. Sie sollen einzig nicht staatlich subventioniert werden. Diese Shows werden nicht von Familien besucht, auf die sie tatsächlich einen Effekt hätten. Wenn Sie das denken, leben Sie in einer «Bubble». Das Publikum besteht aus hyperintellektuellen, wohlhabenden Schweizer Familien und nicht aus Kindern, die anfällig auf Homophobie wären.

Urs Riklin (Grüne): *Das Stichwort ist «Psychologische Projektion»: Ich finde es spannend, dass gewisse Parteien häufig ihr eigenes Verhalten auf andere zu projizieren beginnen. Dieser und die vorhergehenden Vorstösse sind, wenn ich Stefan Urech (SVP) richtig verstanden habe, nicht «Cancel Culture», aber definitiv «Cancelling Culture».*

Michael Schmid (FDP): *Zur Aussage von Dr. David Garcia Nuñez (AL) muss ich sagen, dass es sich hierbei nicht um politische Gewalt, sondern um eine politische Debatte handelt. Wir Freisinnigen sind gegen «Cancel Culture» und gegen politisch motivierte Strafaktionen, egal von welcher Partei sie ausgehen. Wenn in einer Stadt nur noch stattfinden könnte, was allen politisch genehm ist, würde es sehr langweilig werden. Die Drag-Shows kann man gut oder schlecht finden, aber in einer freien Gesellschaft müssen sie legitim sein. Die Kinder, um die sich die SVP sorgt, haben Erziehungsberechtigte und es ist deren Recht und Entscheid, mit den Kindern die Veranstaltungen zu besuchen, die sie wollen. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.*

S. 144	15 1510 3636 00 470	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Tanzhaus Zürich: Betriebsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat				895 600	Mehrheit
					895 600	0 Minderheit
						Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP) Johann Widmer (SVP) Referent
		Begründung:	Der Steuerzahler soll keine Drag-Show finanzieren, die sich an Kinder ab 3 (!) Jahren richtet und darauf abzielt, «die Vorstellungskraft kleiner Kinder anzuregen und die geschlechtsspezifische Fluidität der Kindheit auszuspielen».			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 014.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *Vielleicht haben Sie schon von dem Festival Sonic Matter oder der Initiative Freie Musikszene Zürich (IFMZ) gehört. Diese hat im Zeughaus 4 während der Zwischennutzung einen grösseren Raum erhalten, nachdem sie wegen der Umnutzung des Radiostudios Räume verloren hatte. Die Initiative bietet für viele Künstlerinnen und Künstler, deren finanzieller Verdienst gering ist, Raum, um ihre Arbeit und Kultur weiterzuführen. Eine Schwierigkeit bei der Zwischennutzung ist die Herrichtung der neuen Infrastruktur. Die IFMZ hat kaum finanzielle Mittel. Darum beantragen wir einen Betriebsbeitrag von 50 000 Franken, damit die mehrjährige Zwischennutzung der Räume und die weitere Entwicklung der Musikszene erfolgreich verlaufen kann.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Es ist noch kein Gesuch beim Stadtrat zur Prüfung dieser Budgetänderung eingetroffen. Eigentlich müsste dieses Anliegen in dieser Reihenfolge verlaufen und die Budgetänderung dann für das Jahr 2024 berücksichtigt werden. Deswegen ist die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) der Meinung, dass dieser Antrag abzulehnen ist.*

S. 144	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat			50 000	5 746 700 5 796 700	Minderheit Mehrheit
						Markus Haselbach (Die Mitte) Referent, Pärparim Avdili (FDP), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP) Walter Angst (AL) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)

Begründung: Betriebsbeitrag Initiative Freie Musikszene Zürich

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 015.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): *Wir haben uns vor einiger Zeit dafür ausgesprochen, dass die Hallen des Güterbahnhofs zwecks einer Zwischennutzung von der Stadt übernommen werden können, bevor dort eine Mittelschule realisiert wird. Der Kanton hat die Hallen inzwischen der Stadt zur Bewirtschaftung übergeben. Eine Halle wird seit längerem von Artdock genutzt, eine andere vom Zirkus Knopf. Damit die 4-jährige Zwischennutzung erfolgreich ist, braucht es nebst einer guten Zusammenarbeit zwischen den Nutzerinnen und Nutzern einen Beitrag für Artdock. Es ist im Interesse der Stadt, dass an diesem prominenten Ort in den nächsten 4 Jahren eine spannende Entwicklung stattfindet.*

Markus Haselbach (Die Mitte): *Auch dieser Antrag muss zuerst via Gesuch beurteilt werden. Deswegen ist die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) dafür, dass das Budget wie vom Stadtrat vorgeschlagen bleibt.*

S. 144	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015.	Antrag Stadtrat				5 746 700	Minderheit
				100 000	5 846 700	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne)
			Begründung: Betriebsbeitrag Artdock: Umsetzung Zwischennutzung Güterbahnhof			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Zum «Schauplatz Brunngasse», der jüdische Geschichte und Kultur ausstellt, wurde vor einiger Zeit eine Motion überwiesen. Heute arbeitet der Verein mit sehr knappen Mitteln: Der städtische Beitrag beträgt nur 75 000 Franken, wovon nach bezahlten Fixkosten noch 45 000 Franken übrigbleiben. Im Rahmen der Motion ist ein Ausbau der Tätigkeit denkbar, da der Verein grösstenteils auf freiwilliger Basis geführt wird. Der Stadtrat kann wiederkehrend 100 000 Franken beschliessen, weswegen wir heute im Gemeinderat eine Erhöhung um 25 000 Franken beantragen. So kann der Ort mehr als eine Erinnerungsstätte werden.

Johann Widmer (SVP): Auf dem Konto «Übrige Betriebsbeiträge für private Organisationen ohne Erwerbszweck» sollen 25 000 Franken mehr für den «Schauplatz Brunngasse» eingestellt werden. Der Stadtrat benötigt diese Mittel offensichtlich nicht, daher sehen wir nicht ein, wieso der Betrag erhöht werden soll und lehnen den Antrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Die GLP bleibt bei der Enthaltung. Wir unterstützten die Motion und sind gespannt, wie der Stadtrat sie umsetzt. Dass aber wenige Wochen nach der Überweisung der Motion ein weiteres Mal über das Budget dieser Institution diskutiert wird, sehen wir nicht ein.

Jehuda Spielman (FDP): Das Museum arbeitet mit sehr knappen Mitteln und es dauert noch ein wenig, bis die Motion umgesetzt wird. Bis dann muss Vorarbeit geleistet werden, um sicherzustellen, dass das Museum noch existiert, bis die Motion umgesetzt ist.

S. 144	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat			25 000	5 746 700 5 771 700	Minderheit Mehrheit Enthaltung
						Johann Widmer (SVP) Referent Walter Angst (AL) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte) Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Cathrine Pauli (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			Begründung: Erhöhung Beitrag Schauplatz Brunngasse von Fr. 75 000 auf Fr. 100 000			



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 14 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 017.

Kommissionsreferent:

Alan David Sangines (SP): Die Diskussion um die gleiche Causa, den gleichen Betrag und den gleichen Nachtragskredit hat bereits vor einigen Monaten stattgefunden. Der Budgetprozess verlief nicht geradlinig. Es gibt verschiedene Ansichten dazu, ob das Limmathaus saniert werden soll oder nicht. Die Stiftung Limmathaus verlangte dafür 20 Millionen Franken und bis 2 Millionen Franken für das Vorprojekt, woraufhin der Gemeinderat dem Stadtrat das Anliegen zur Variantenprüfung überreichte. Anschliessend wurde bekannt, dass die Stiftung sich auflöst und das Haus der Stadt überträgt. Ein weiterer Umschwung geschah, als wir durch Medienmitteilungen erfuhren, dass von der Stiftung private Investorinnen und Investoren gefunden wurden – die 20 Millionen Franken von der Stadt werden nicht mehr gebraucht. Dieses Handeln empfinde ich als Missachtung des Gemeinderats. Eine Stellungnahme des Stadtrats und der zuständigen Stiftungsratsmitglieder wäre erwünscht. Die 2 Millionen Franken für das Vorprojekt braucht es offensichtlich nicht, weswegen sie gestrichen werden sollen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir waren auch erstaunt über den Entscheid und die Kehrtwende des Stiftungsrats. Die Zusagen gegenüber dem Limmathaus sind hinfällig, auch wenn das Anliegen ernst genommen wurde. Als unabhängige Institution kann die Stiftung andere Mittel aufbringen, da können wir als Stadtrat nichts hinzufügen. Der Gemeinderat wurde nicht ignoriert, das Anliegen hat sich durch die Privatfinanzierung selbst erledigt.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Die AL enthält sich bei dieser Streichung. Es ist klar, dass das Geld nur gebraucht wird, wenn die Stiftung realisiert, was für eine Verantwortung sie gegenüber der Stadt Zürich trägt. Die Stiftung erhielt das Land für das erste Limmathaus kostenlos und bei der letzten Sanierung in den 90er-Jahren ein zinsfreies Hypothekendarlehen von 10 Millionen Franken. Nun wandte sich die Stiftung wieder an den Stadtrat und überlegte, die Stiftung aufgrund der finanziellen Lage an die Stadt zu übertragen. Inzwi-



schen wurden private Investoren gefunden. Gerade bei privaten Investoren haben Kulturinstitutionen einen schwierigen Stand. Ich bitte die Stiftung, noch einmal zu überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, das Limmathaus vor zukünftigen Spekulationen zu schützen, indem das Haus an die Stadt übertragen und die Stiftung aufgelöst wird.

S. 165	20 2000 513101 5650 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Beitrag an Stiftung Limmathaus Investitionsbeiträge an private Unternehmungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat		2 000 000		2 000 000	
					0 Zustimmung	Alan David Sangines (SP) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
		Begründung:	Mittel werden nicht benötigt, da Stiftung private Geldgebende gefunden hat			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 018.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Wir kommen zur Wohnbaudebatte. Der erste Antrag betrifft die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG), die bezahlbare Wohnungen für Zürcherinnen und Zürcher schafft. Sie ist ein wichtiger Player im gemeinnützigen Segment und seit Jahren auf einem konstanten Wachstumskurs. Der Stiftungsrat der PWG leistet solch gute Arbeit, dass auch in diesem Jahr einige Liegenschaften gekauft werden konnten. Dadurch werden die für das Jahr 2023 budgetierten Abschreibungsbeiträge durch Projekte, die bereits in Abwicklung sind, weitgehend ausgeschöpft. Damit die PWG ihren Wachstumskurs fortsetzen kann, möchten wir die Abschreibungsbeiträge für das Jahr 2023 von 5 Millionen Franken auf 8 Millionen Franken erhöhen. Das ist primär der aktuellen Situation geschuldet. Im Jahr 2024 muss nicht zwingend mit diesen 8 Millionen Franken gerechnet werden.*

Hans Dellenbach (FDP): *In diesem Rat wird bezahlbarer Wohnraum verlangt, aber die 275 bezahlbaren Wohnungen an der Neugasse wollen die gleichen Personen verhindern. In den Augen der FDP ist die linke Wohnbaupolitik gescheitert, da sie Probleme*



kreiert, anstatt sie zu lösen. Sie ist einseitig, ungerecht, teuer und nicht nachhaltig. Geseheitert ist sie, da sie nicht zu günstigen Wohnungen führt, sondern dazu beiträgt, dass die Mieten weiter steigen. Seit dem Jahr 2000 sind die Mieten in der Stadt Zürich um 40 Prozent gestiegen. Das beinhaltet auch die gemeinnützigen Vermieter. Die Teuerung betrug in dieser Zeit nur 12 Prozent. Die Politik nützt also wenig, da sie keinen Wohnraum schafft, sondern einseitig auf gemeinnützigen Wohnraum setzt. Die hier besprochenen Massnahmen sind für die grosse Allgemeinheit ein Verlustgeschäft – nur eine privilegierte Minderheit profitiert davon, da sie sehr grosse Beträge erhält. Kurz gesagt: Für wenige, statt für alle. Diese Abschreibungsbeiträge sind ein gutes Beispiel für diese fehlgeleitete Politik. Der PWG ist kein Vorwurf zu machen, da sie unternehmerisch auf dem Zürcher Wohnbaumarkt tätig sein darf. Die PWG erfüllt den Auftrag, den sie in den 90er-Jahren von der Zürcher Stimmbevölkerung erhielt und benötigt in unseren Augen keine weitere Unterstützung. Riesige Geldsummen zu verschenken, ist nicht zielführend: Der Immobilienmarkt in Zürich ist stark umkämpft. Wenn gewisse Investoren auf diesem Markt kostenlos Geld bekommen, führt das zu höheren Preisen: Mehr Geld für gleich viel Wohnraum. Je mehr Mieten künstlich verbilligt werden, umso mehr wird die Nachfrage angeheizt. Wenn die PWG Liegenschaften kauft, haben die Mieter ein lebenslanges Bleiberecht, egal wer diese Personen sind. Die Wohnungen gehen nicht zwingend an die, die es nötig haben. Die Abschreibungsbeiträge der PWG belaufen sich auf bis zu 150 000 Franken pro Haushalt. Das ist schwierig zu rechtfertigen. Wieso bekommen andere Haushalte diese Beiträge nicht respektive müssen sie sogar bezahlen? Das ist nicht sozial. Abschreibungsbeiträge sind verschwendete Staatsgelder für einige wenige Privilegierte, von denen wir nicht wissen, ob sie es wirklich nötig haben. In unseren Augen sind die Abschreibungsbeiträge ungerecht und unsozial.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Wir erfuhren während der Budgetdebatte, dass die PWG im Jahr 2023 zu viele Ausgaben tätigte und die budgetierten 5 Millionen Franken darum wahrscheinlich nicht ausreichend sein werden. Damit die PWG handlungsfähig bleibt, unterstützen wir die einmalige Erhöhung auf 8 Millionen Franken für das Jahr 2023. Wir erwarten, dass sich die PWG anschliessend im vereinbarten Rahmen bewegt und nicht jedes Jahr die Abschreibungsbeiträge erhöht werden müssen.*

Walter Angst (AL): *Ich möchte von Seiten der AL das Votum von Sven Sobernheim (GLP) bestätigen. Es gab eine Volksabstimmung in den 90er-Jahren, die die Obergrenze der PWG bei 3 Millionen Franken setzte. Mit dem Parlamentsbeschluss im letzten Jahr wurde dieser Betrag auf 5 Millionen Franken erhöht. Es wäre unzulässig, die Obergrenze nun auf Antrag des Stiftungsrats der PWG auf 8 Millionen Franken zu setzen, obwohl viele Bedürfnisse dafür da wären. Mit dem Wohnraumfonds wird ein neues Instrument für Abschreibungsbeiträge eingeführt, auch wenn damit den steigenden Bodenpreisen nicht entgegengewirkt wird. Der Stadtrat soll dadurch alle Abschreibungsbeiträge in einem gemeinsamen Konzept vergeben. Zudem: Die PWG erhält die Beiträge nur, wenn sie die vorgegebenen Richtlinien befolgt und die Mieter bei der Objektvermietung entsprechend aussucht. Es ist nicht so, dass Mieter dauerhaft in den Objekten bleiben können – Kündigungen werden von der PWG durchaus ausgesprochen.*



Felix Moser (Grüne): Auch die Grünen unterstützen die einmalige Erhöhung der Abschreibungsbeiträge der PWG auf 8 Millionen Franken, da sie im nächsten Jahr gebraucht werden. Wie das zukünftig weitergehen soll, ist offen. Die Lösung mit dem Wohnraumfonds scheint bezüglich der Abschreibungsbeiträge die eleganteste zu sein. Für die drei Stiftungen, die anschliessend behandelt werden, ist klar, dass die Abschreibungsbeiträge nur noch im Jahr 2023 nötig sein werden, da sie anschliessend durch den Wohnraumfonds gedeckt werden. Deswegen stimmen wir der Erhöhung für die PWG und auch für die folgenden Stiftungen von je 2 Millionen Franken zu.

Christian Traber (Die Mitte): Wir werden dem Antrag der PWG unter den bereits genannten Bedingungen zustimmen, aber die Anträge der folgenden Stiftungen und den Wohnraumkredit ablehnen. Denn da werden wir eine Grundsatzdebatte führen, bevor wir das nötige Budget sprechen. Die Mitte/EVP-Fraktion wird diese Anliegen differenziert betrachten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wie Walter Angst (AL) bereits erwähnte, beschloss die Volksabstimmung einen Betrag von 3 Millionen Franken für die PWG. Letztes Jahr haben Sie den Betrag auf 5 Millionen Franken erhöht, was einmalig akzeptabel sein mag. Doch nun stieg der Betrag weiter auf 8 Millionen Franken, das ist ziemlich weit weg vom ursprünglichen Betrag. Wer der PWG auf Dauer mehr Geld geben möchte, muss die finanzrechtlichen Grundlagen anpassen, weil sie auf einem Volksentscheid beruhen. Es ist am Parlament, zu entscheiden, ob die PWG bei einer Sonderfinanzierung bleibt oder ob sie auch über den Wohnraumfonds abgewickelt wird. Vorausgreifend weise ich in Bezug auf die folgenden drei Stiftungen darauf hin, dass angenommen wurde, dass der Wohnraumfonds im Jahr 2023 bereits funktionieren wird. Die Abschreibungsbeiträge wurden daher bei den anderen Wohnbaustiftungen nicht mehr vom Stadtrat eingestellt. Bei der PWG kann man aber nicht jedes Jahr über 3 Millionen Franken hinausgehen.

S. 167	20 2000 563108 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat			3 000 000	5 000 000 8 000 000	Mehrheit Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)



20 / 33

5 000 000	0 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
Begründung:	Mehrheit: Zürich hat noch immer zu wenig bezahlbare Wohnungen. Deshalb sollen die Abschreibungsbeiträge für die Stiftung PWG erhöht werden. Minderheit: Die Stiftung PWG verfügt über genügend Kapital und Finanzierungsmöglichkeiten, um Geschäft selbständig weiter zu treiben. Kein Anheizen des Marktes durch zusätzliche Steuergelder.	

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat	(5 000 000)	1 Stimme
Antrag Mehrheit	(8 000 000)	86 Stimmen
Antrag Minderheit	(0)	<u>32 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 019.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien erhielt im letzten Jahr keine Abschreibungsbeiträge. Gerade bei Familienwohnungen gibt es grosse Kostendifferenzen zwischen gemeinnütziger und gewinnorientierter Vermietung: Bei einer 4,5-Zimmer-Wohnung beläuft sich eine Miete gemeinnützig auf 1738 Franken und gewinnorientiert auf 3671 Franken. Für eine Familie mit mehreren Kindern ist das eine sehr grosse Differenz. Wir möchten, dass diese Stiftung einen Wachstumskurs einschlägt und beantragen einen Betrag von 2 Millionen Franken.

Pärparim Avdili (FDP): Der Stadtrat hat keine Beträge eingestellt, da es die Statuten dieser Stiftungen nicht vorsehen, dass ein Budgetbetrag für sie eingestellt werden muss. Der Stadtrat weist zudem darauf hin, dass die Budgetbeträge nicht eingestellt wurden, da ein Wohnraumfonds geschaffen wird. Trotzdem sollen bei allen drei behandelten Stiftungen je 2 Millionen Franken gesprochen werden, da sich der Fahrplan für die Erstellung des Fonds im Jahr 2023 verzögert. Die Haltung der Minderheit und der FDP zu diesen Abschreibungsbeiträgen hat Hans Dellenbach (FDP) zuvor ausführlich dargelegt.



Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Wir begrüßen, dass STR Daniel Leupi versucht, die Kaufanstrengungen zu zentralisieren. Trotzdem ist es sinnvoll, in der Übergangszeit bis zum Wohnraumfonds ein Budget für diese Stiftung einzustellen. Auch den anderen Abschreibungsbeiträgen stimmen wir zu, da diese Stiftungen ein Wachstumspotential haben, und in der Annahme, dass die Zentralisierung ab dem Jahr 2024 funktioniert. Es ist das letzte Mal, dass Abschreibungsbeiträge für einzelne Stiftungen von der AL unterstützt werden.

Sven Sobernheim (GLP): Die Stiftungen können wachsen, indem sie bauen oder von gemeinnützigen Institutionen kaufen. Das bringt nicht viel und trägt nicht zur Erreichung des Drittelsziels bei. Entweder muss das zentralisiert über den Wohnraumfonds laufen oder gar nicht. Die Strategie, 2 Millionen Franken einzeln zu verteilen, lehnen wir ab.

S. -	20 2000 563112 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat			2 000 000	2 000 000	0 Minderheit Mehrheit
			Begründung:	Zürich hat noch immer zu wenig bezahlbare Familienwohnungen. Deshalb sollen Abschreibungsbeiträge für die Stiftung für kinderreiche Familien eingeführt werden.		
						Përparim Avdili (FDP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP) Präsident Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 020.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *Bezahlbare Wohnungen sind für alle Generationen wichtig. Die stattfindende Verdrängung ist hochproblematisch. Bei älteren Menschen ist der Prozess besonders ungerecht, da sie massgeblich dazu beigetragen haben, dass unsere Stadt heute so erfolgreich ist und die Mietzinsexplosion der letzten Jahre stattgefunden hat. Es ist ungerecht, dass die älteren Menschen nun Opfer von dieser Entwicklung werden und im Alter keine bezahlbaren Wohnungen finden. Auch der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich soll im Jahr 2023 ein Betrag von 2 Millionen Franken gewährt werden. Die weiteren Jahre werden in der Diskussion bezüglich des Wohnraumfonds behandelt.*

Përparim Avdili (FDP): *Hier sind ähnliche Argumente aufzuführen wie beim letzten Antrag, auch wenn die Minderheit in diesem Fall um die SVP-Fraktion geschrumpft ist. Trotzdem hält die Minderheit daran fest, den Budgetantrag abzulehnen, da er keine gesamtheitliche Lösung darstellt. Zusätzliche Wohnungen für ältere Menschen müssen geschaffen werden, aber nicht über Abschreibungsbeiträge.*

S. 168	20 2000 563113 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
020.	Antrag Stadtrat			2 000 000	2 000 000	0 Minderheit Mehrheit
			Begründung: Zürich hat noch immer zu wenig bezahlbare Alterswohnungen. Deshalb sollen die Abschreibungsbeiträge für die Stiftung SAW beibehalten werden.			

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 021.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Stiftung Einfach Wohnen – Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen (SEW) ist erfolgreich und kann dank den Abschreibungsbeiträgen von 1,5 Millionen Franken, die letztes Jahr vom Gemeinderat genehmigt wurden, Wohnungen dauerhaft gemeinnützig vermieten. Wir möchten, dass die SEW diesen Kurs weiterführen kann und beantragen 2 Millionen Franken Abschreibungsbeiträge. Es handelt sich um eine einmalige Sprechung, alles Weitere wird beim Wohnraumfonds diskutiert.

Përparim Avdili (FDP): Wir bleiben bei den gleichen Argumenten und lehnen den Antrag ab. Die Eigentümerschaft zu wechseln und dafür jährlich Steuergelder einzustellen, ist keine Lösung. Abschreibungsbeiträge lösen die dringenden Probleme der Stadt nicht.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Ich beziehe mich auf die Aussage von Florian Utz (SP), dass die SEW gute Arbeit leiste. In der Debatte der Rechnungsprüfungskommission (RPK) kam zum Ausdruck, dass da noch viel Verbesserungspotential herrscht.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Stiftung arbeitet nun auch, anstatt nur Sitzungsgelder abzurufen. Lange ist nichts passiert, da nicht klar war, was mit den von einer Volksabstimmung gesprochenen 40 Millionen Franken passieren soll. Die Stiftung ist sehr gut aufgestellt und braucht keine zusätzlichen Gelder aus der Steuerrasse.

S. 168	20 2000 563114 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen - Einfach Wohnen für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				0 Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)



2 000 000 2 000 000 Mehrheit

Präsident Florian Utz (SP)
Referent, Vizepräsident
Felix Moser (Grüne),
Walter Angst (AL), Dr.
Florian Blättler (SP), Lisa
Diggelmann (SP), Alan
David Sangines (SP)

Begründung: Zürich hat noch immer zu wenig bezahlbare Wohnungen. Deshalb sollen die Abschreibungsbeiträge für die Stiftung SEW erhalten bleiben.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 022. und 023.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): Ich möchte zu den Abschreibungsbeiträgen pro Haushalt von 100 000 Franken bis 150 000 Franken hinzufügen, dass vom Wohnraumfonds nur 1 bis 1,5 Prozent der Zürcher Bevölkerung profitieren würden. Wer schlussendlich zu diesem einen Prozent gehört, ist unklar. Für die restlichen 99 Prozent wird es teuer: Es entstehen Kosten von 1500 Franken bis 2500 Franken pro Stadthaushalt. Dadurch wird das Wohnraumangebot weiter verknappt und verteuert. Die Verlosung von städtischen Wohnungen ist ebenfalls nicht gerecht. Die FDP lehnt den Wohnraumfonds und die gesamte linke Wohnraumpolitik ab, da man durch diese Massnahmen nur durch das Los oder Beziehungen zu einer solchen Wohnung kommt. Unsere Vorstösse für «Mehr bezahlbaren Wohnraum für alle» finden wir gerechter.

Lisa Diggelmann (SP): Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat zuhanden der Stimmberechtigten mit den Weisungen GR Nr. 2022/85 und 2022/86 die Einführung eines neuen Förderinstruments für mehr bezahlbaren Wohnraum. Die Forderung basiert auf der Motion GR Nr. 2017/104 der Fraktionen SP, Grüne und AL. Nach zwei Fristverlängerungen wurden die beiden Weisungen im Frühling 2022 der Spezialkommission des Finanzdepartements zugewiesen und befinden sich aktuell in intensiver Kommissionsberatung. Erfreulicherweise schlägt der Stadtrat eine Anfangsdotation in der Höhe von 100 Millionen Franken vor. Weiter sollen 200 Millionen Franken als Rahmenkredit für die Alimentierung des Fonds zur Verfügung stehen. Wie bereits vorgestellt, stellt die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) den Antrag einer Anfangsdotation von 100 Millionen Franken und will die Erstaussgaben von 5 Millionen Franken aus dem Budget streichen. Die Mehrheit der RPK ist erfreut über den straffen Zeitplan des Stadtrats, sodass die Kommissionsdebatte im Frühjahr 2023 abgeschlossen sein wird und die Volksabstimmung ebenfalls im Jahr 2023 durchgeführt werden kann. Aufgrund dessen



stimmt ein Grossteil der RPK dem Antrag des Stadtrats zu. Die SP-Fraktion begrüsst die hohe Anfangsdotation des Wohnraumfonds und ist überzeugt, dass mit dem Förderinstrument ein weiteres Mittel geschaffen wird, um das Drittelsziel der gemeinnützigen Wohnungen zu erreichen. Es wurde statistisch aufgezeigt, dass die Mieten steigen, die Anzahl der gemeinnützigen Wohnungen jedoch stagniert. Die lange Bearbeitungszeit inklusive der beiden Fristverlängerungen hat sich gelohnt, da der Stadtrat mit der Anfangsdotation von 100 Millionen Franken klarmacht, dass er dem Förderinstrument eine gewisse Bedeutung zuweist. Der SP-Fraktion ist klar, dass der Wohnraumfonds ein ergänzendes Förderinstrument darstellt und die Abschreibungsbeiträge der städtischen Stiftungen inklusive der PWG weiterhin im ordentlichen Budget eingestellt werden sollen. Auch die SP-Fraktion unterstützt die entsprechenden Budgeteinstellungen und begrüsst den Plan seitens des Stadtrats, das Förderinstrument so schnell wie möglich zu etablieren. Ob das Projekt zu teuer ist, entscheidet das Volk.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): *Die Vorrednerin sprach nur für einen Teil der Mehrheit. Wir wollen die Abstimmung durchführen, wenn die Weisung dazu bereit ist, und sie nicht im Budget vorwegnehmen.*

S. 170	20 2004 3511 00 000	FINANZDEPARTEMENT Wohnraumfonds Einlagen in Fonds des Eigenkapitals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				100 000 000	Mehrheit Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			100 000 000		0	Minderheit Përparim Avdili (FDP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Kein zusätzlicher Fonds				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 023.

Wortmeldungen siehe Antrag 022.

S. 170	20 2004 500000 5660 00 000	FINANZDEPARTEMENT Wohnraumfonds Investitionsbeiträge aus dem Wohnraumfonds Investitionsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat				5 000 000	Mehrheit
			5 000 000		0	Minderheit
		Begründung:	Kein zusätzlicher Fonds			
						Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Pärparim Avdili (FDP) Referent, Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 024. und 025. (Postulat GR Nr. 2022/613).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Julia Hofstetter (Grüne): Auf den Dächern und an den Fassaden der Stadt Zürich könnte längst viel Solarstrom produziert werden. Wir fragen uns, wieso der Ausbau der Photovoltaik (PV) stagniert. Der Aufruf zur Energiewende gilt nicht erst seit dem Netto-Null-Beschluss, sondern seit dem 2000-Watt-Entscheid. Das Elektrizitätswerk (ewz) agiert renditegetrieben und führt zu viele Projekte aufgrund von fehlenden finanziellen Anreizen nicht durch. Das ist das Problem eines «Contractors», da dieser jede Anlage unabhängig vom Rest des Gebäudeaufwands zu 100 Prozent optimieren will. Wenn beispielsweise an einem städtischen Gebäude die Fassade neu gemacht wird, wird sie zur Hinterlüftung mit Eternitplatten versehen. Alternativ könnte aber auch eine PV-Anlage an der Fassade angebracht werden. Die Stadt als Eigentümerin kann nun folgende Überlegungen anstellen: Die PV-Anlage ist teurer als die Eternitplatten, aber Letztere müsste sie ebenso kaufen. Wenn sie nun den Preis der Photovoltaikplatten minus den Preis der Eternitplatten rechnet, kommt die Stadt zum Schluss, dass der kleine Aufpreis verkraftbar ist, da es sich nur um wenige Prozente mehr handelt. Zudem setzt die Stadt die Prioritäten entsprechend des Netto-Null-Auftrags. Der «Contractor» entschliesst



sich, die PV-Anlage aus Rentabilitätsgründen nicht zu bauen, da er nicht das Gesamtsystem betrachtet. Unser Fazit ist, dass die Stadt keinen «Contractor» braucht, sondern selbst Eigentümerin der Anlagen sein kann. Wir fordern darum, dass es neue Solarbeauftragte auf Seiten der Bauherren gibt. Diese sollen agiler als das ewz agieren. Das Potential bei Gebäuden im Bestand ist riesig und bei Neubauten sind PV-Anlagen ohnehin miteingeplant. Die Solarbeauftragten sollen sich damit auseinandersetzen, ob es besser ist, wenn die Stadt die Solaranlagen selbst betreibt oder wenn sie ein Contracting ausschreibt, bei dem sich das ewz oder andere Anbieter melden können. Der Wettbewerb würde dem ewz nicht schaden. Wir fordern in einem Begleitpostulat, dass der Stadtrat mindestens 80 Prozent des Solarpotentials des städtischen Liegenschaftenportfolios bei Neubauten realisiert. Wir nehmen die Textänderungen der AL an.

Johann Widmer (SVP) begründet den Antrag der Minderheit, stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Es geht darum, dass die Löhne der Verwaltung und des Betriebspersonals um 200 000 Franken erhöht werden sollen, um zwei Solarbeauftragte einzustellen. Der Stadtrat und eine Minderheit erachten das als unnötig und lehnen diesen Antrag ab. Mehr Personal beschleunigt keinen Prozess. Dafür müssten die Abläufe und Bewilligungsverfahren gestrafft werden. Zum Postulat meint die SVP, dass Solarenergie eine mögliche Energiequelle ist und sinnvoll sein kann. Eine Quote festzulegen, ist kontraproduktiv. Eine Solaranlage auf oder an einem Gebäude braucht eine individuelle Beurteilung und viele Bewilligungen. Das Postulat führt dazu, dass unsinnige und überteuerte Projekte umgesetzt würden, um die Quote zu erfüllen. So wird eine gute Technologie in Verruf geraten. Wir lehnen das Postulat ab.

Julia Hofstetter (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1053/2022): Wie bereits erwähnt, soll der Stadtrat dafür sorgen, dass mindestens 80 Prozent des Solarpotentials des städtischen Liegenschaftenportfolios bei Neubauten realisiert wird. Der Grund dafür ist, dass die Stadt als Eigentümerin nahe an den Gebäuden dran ist und die PV-Anlagen in das Gesamtsystem der Gebäude integrieren kann. Das macht das ewz anders, was ein möglicher Grund sein kann, dass der Prozess stagniert. Deswegen sollen Solarbeauftragte engagiert werden. Der Fokus der Stellen und ihre einzige Aufgabe ist der Solarausbau.

Cathrine Pauli (FDP): Die FDP gehört zur Minderheit und lehnt den Antrag für die zwei Stellen ab. Wir haben einen Änderungsantrag eingereicht. Die zwei Sätze nach «um diese Umsetzung voranzutreiben» sollen gestrichen werden, da sie zu detailreich sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass es den Antrag 060. gibt, der in die gleiche Richtung geht: Es werden zwei Solarbeauftragte bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO) gefordert. Insgesamt sind es also 4 Stellen, die für den Solarausbau entstehen sollen. An sich sind wir auch für den Ausbau der Photovoltaik. Im September 2021 hat die Stadt eine PV-Strategie verabschiedet, für die verschiedene Departemente zusammengearbeitet haben. Die Stossrichtung mit 13 Grundsätzen ist klar. Der Stadtrat hat diese in einem Beschluss aufgenommen. Es wird auch festgelegt, dass das ewz die Führung für dieses Thema trägt. In Anbetracht dieser Strategie ist fraglich, wieso es in zwei Departementen Solarbeauftragte geben soll. Wenn man sieht, wie viel Aufwand der Bau und die



Vorbereitung einer Solaranlage verursacht, wird klar, dass diese 2 bis 4 Stellen wahrscheinlich nicht reichen werden, um den Prozess voranzutreiben. Viel eher sollte man die Solarstrategie möglichst schnell umsetzen. Es scheint sinnvoller, sich mit diesem Anliegen direkt an den Stadtrat zu wenden, anstatt Stellen zu schaffen, die nicht auf den Rest des Systems abgestimmt sind. Ohne die Textänderung lehnen wir das Postulat ab.

Walter Angst (AL): *Die AL enthält sich bei diesem Antrag, stimmt aber den Stellen bei der IMMO zu. Das ist zugegebenermassen inkonsistent. Wir haben grosse Vorbehalte, da es sich um einen Versuch handelt, in die Organisation des Stadtrats einzugreifen. Das steht uns nicht zu. Es ist sicherlich sinnvoll, dass die PV-Organisation zentralisiert bleibt. Trotzdem möchte ich betonen, dass wir dieses Anliegen umgesetzt sehen wollen. Wir haben keine Zweifel, das wird im Textänderungsantrag später deutlich, dass das ewz willig und fähig ist, den Prozess voranzutreiben. Den Stellen bei Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und IMMO stimmen wir zu. Aber wir wünschen uns, dass STR Daniel Leupi, STR André Odermatt und STR Michael Baumer dafür sorgen, dass eine effiziente und zentralisierte Organisation zur Photovoltaik aufgebaut wird, um das umzusetzen.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Eine Sache ist klar: Der PV-Ausbau in der Stadt Zürich schreitet zu langsam voran. Die vom Stadtrat angestrebten Ziele können in diesem Tempo nicht erreicht werden. Wir sind gezwungen, auch andere Wege auszuprobieren. Möglicherweise ist es eine Lösung, der IMMO und der LSZ eigene Stellen dafür zu geben. Ob das funktioniert, ist unklar, aber ohne auszuprobieren, finden wir keine Lösung. Es muss dringend etwas gemacht werden. Wir stimmen dem Antrag und Postulat zu.*

Johann Widmer (SVP): *Ich kann nur wiederholen: Wenn ihr meint, dass mit mehr Stellen, die auf drei verschiedene Departemente verteilt sind, das Tempo des Prozesses vorangetrieben wird, irrt ihr euch. Es wird viele Koordinationssitzungen geben, worin sich diese Stellen erschöpfen werden. Dadurch werden nicht mehr Solaranlagen gebaut. Es müssten die Stadtverwaltungsprozesse gestrafft werden. Es braucht eine stabile Projektorganisation mit den richtigen Leuten und möglichst unter Einbezug von Privaten.*

Beat Oberholzer (GLP): *Der Ausbau der Photovoltaik geht zu langsam. Diesen Vorstoss finden wir prüfenswert, da sich die Eigentümerin so selbst für Solaranlagen einsetzen kann. Den entstehenden Wettbewerb fürs ewz finden wir nicht schlecht. Wenn das ewz auf eine PV-Anlage verzichten will, sollen die IMMO oder LSZ selbst agieren können, daher stimmen wir dem Postulat zu. Trotzdem sind wir skeptisch, ob die Stellen der Solarbeauftragten in diesem Rahmen sinnvoll sind und lehnen den Budgetantrag ab.*

Andreas Kirstein (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Textänderungsantrag: *Der letzte Satz lautet mit der Textänderung: «Um die Umsetzung voranzutreiben, sollen in beiden Departementen Solarbeauftragte eingestellt werden.» Die Erwägungen zu Eigeninvestitionen, Contracting-Lösungen und weiteren Punkten greifen unserer Meinung nach unnötig in die Arbeit der Solarbeauftragten und des Stadtrats ein.*



Dominik Waser (Grüne): *Wir wissen, dass die Solarstrategie ungenügend und deswegen in Überarbeitung ist. Die Stellen sind ein weiterer Versuch, um den Ausbau voranzutreiben. Wir wissen nicht genau, woran alles hängt und haben deswegen keine Erfolgsgarantie mit diesen Stellen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir versuchen sollten, bei den Immobilien anzusetzen. Den Textänderungsantrag der AL nehmen wir an, den der FDP lehnen wir ab.*

Betrifft den nachfolgenden Antrag Nr. 24, das Postulat GR Nr. 2022/613 sowie Antrag Nr. 60 (HBD)

S. 176	20 2021 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat				11 996 700	Minderheit Johann Widmer (SVP) Referent, Përparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Cathrine Pauli (FDP)
				200 000	12 196 700	Mehrheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Alan David Sangines (SP)
						Enthaltung Walter Angst (AL), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Schaffen von 2 Stellen für Solarbeauftragte: Beschleunigung PV-Ausbau auf Gebäuden von Liegenschaften Stadt Zürich			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 026. und 027.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Lisa Diggelmann (SP): *Mit Erstaunen stellte ich in der Budgetberatung fest, dass Konten für Gewinne aus Verkäufen von Grundstücken respektive Gebäuden aus dem Finanzvermögen geführt werden. Die Konti beinhalten Beträge von 1 472 000 Franken bei den Grundstücken und von 3 Millionen Franken bei den Gebäuden. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass Grundstücke und Gebäude grundsätzlich nicht veräussert werden sollen. Der Boden ist ein beschränktes Gut und Veräusserungen an Nicht-Gemeinnützige kommen nicht infrage. Selbstverständlich gibt es keine Regel ohne Ausnahme,*



weswegen nicht der ganze Betrag gestrichen werden soll: 450 000 Franken sollen bleiben. Es handelt sich um einen Betrag des Novemberbriefes, der als Buchgewinn aus einem Tauscherwerb der Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) mit der Gartenbaugenossenschaft resultierte. Bei solchen Geschäften soll es sich nicht um Regelerträge handeln, sondern um ausserordentliche Erträge, ausser wenn klar ist, dass der Verkauf bereits abgeschlossen wurde. Ausserdem wurde der Rechnungsprüfungskommission (RPK) mitgeteilt, dass im Jahr 2023 keine Verkäufe geplant sind. Für allfällige Transaktionen sollen 3 Millionen Franken als Pauschale budgetiert werden. Aber wieso sollen wir im Budget Erträge einstellen, die nicht geplant sind? Bei den Aufwänden ist klar, dass ungeplante Ausgaben nicht budgetiert, sondern mit einem Nachtragskredit vorgelegt werden sollen. Die SP-Fraktion möchte den Stadtrat mit dem Budget 2023 nicht beauftragen, Grundstücke oder Gebäude zu verkaufen, um den budgetierten Betrag zu erzielen. Aufgrund dessen stellt die SP den Antrag, beim Konto «Gewinne aus Verkäufen von Grundstücken FV» den budgetierten Betrag von 1 022 000 Franken und beim Konto «Gewinne aus Verkäufen von Gebäuden FV» den budgetierten Betrag von 3 Millionen Franken zu streichen. Die Anträge der FDP lehnen wir ab.

Përparim Avdili (FDP): Es ist klar, dass Gewinn nicht nur bei klassischen Verkäufen von Liegenschaften entsteht, da der historische Buchwert nicht den heutigen Marktwerten entspricht. Wieso auf diesen Konti alles gestrichen werden soll, ist mir unklar. Grundstücke und Gebäude sollen aus einer nachvollziehbaren politischen Haltung heraus nicht veräussert werden. Gleichzeitig werden Tauschgeschäfte genehmigt, doch bei diesen kann ebenfalls Gewinn entstehen. Wir fragten uns aber, ob die im Budget aufgeführten Zahlen stimmen. Im Vergleich zu den Vorjahren kommen wir zum Schluss, dass das Positionen sind, bei denen der Stadtrat stille Reserven bilden könnte. Wir möchten mit unseren Anträgen darauf hinwirken, dass das transparenter dargestellt wird.

Sven Sobernheim (GLP): Mögliche Erwartungen im Budget sind zu budgetieren. Alles andere ist Symbolpolitik. Auch Veräusserungen an Gemeinnützige müssen budgetiert werden. Die SP widerspricht sich mit ihrem Antrag und ihrer Begründung, wieso sie den gesamten Betrag streichen will. Stimmen Sie in beiden Fällen mit dem Stadtrat.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Sie finden im Budget viele Positionen, bei denen man Ende Jahr noch nicht genau weiss, was kommt und noch kein konkretes Projekt hat. Die behandelten Beträge sind ein solcher Fall. Es handelt sich um Mikrobeträge, die zeigen, dass es sich um technische Anliegen handelt. Wir müssen diese für den Fall einstellen, dass es zu einem unvorhergesehenen Tauschgeschäft oder anderem kommt. Die Stadt hat damit keinen Auftrag, Land zu verkaufen.



31 / 33

S. 179	20 2021 4411 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Gewinne aus Verkäufen von Grundstücken FV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				-1 022 000 -450 000 N	Minderheit 1 Sven Sobernheim (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Markus Haselbach (Die Mitte)
				1 022 000	-450 000	Mehrheit Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
			2 000 000		-3 472 000	Minderheit 2 Përparim Avdili (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)

Begründung: Mehrheit: Grundstücke sollen grundsätzlich nicht veräussert werden (Verkäufe an Gemeinnützige sollen ausnahmsweise möglich sein)
Minderheit 2: Transparente Budgetierung der Gewinne aus Verkäufen, analog Rechnungsabschluss der Vorjahre

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-1 472 000)	49 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-450 000)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-3 472 000)	<u>34 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 83 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.



Antrag 027.

Wortmeldungen siehe Antrag 026.

S. 179	20 2021 4411 40 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Gewinne aus Verkäufen von Gebäuden FV	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat				-3 000 000	Minderheit 1 Sven Sobernheim (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Markus Haselbach (Die Mitte)
				3 000 000	0	Mehrheit Lisa Diggelmann (SP) Referentin, Präsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Alan David Sangines (SP)
			2 000 000		-5 000 000	Minderheit 2 Përparim Avdili (FDP) Referent, Cathrine Pauli (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Mehrheit: Gebäude sollen grundsätzlich nicht veräussert werden (Verkäufe an Gemeinnützige sollen ausnahmsweise möglich sein) Minderheit 2: Transparente Budgetierung der Gewinne aus Verkäufen, analog Rechnungsabschluss der Vorjahre				

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(-3 000 000)	48 Stimmen
Antrag Mehrheit	(0)	37 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-5 000 000)	<u>35 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:



33 / 33

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 84 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt. Das Abstimmungsergebnis wurde gemäss dem effektiven Stimmverhalten der Ratsmitglieder angepasst.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 29, Beschluss-Nr. 1145/2022).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat